

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Konsequenzen aus der Evaluierung des Integrierten Flächenprogramms ziehen:
Schluss mit der ausufernden Flächenpolitik**

Der Evaluationsbericht des Integrierten Flächenprogramms für Gewerbe und Dienstleistungen „IFP 2010“ für die Jahre 2002 bis 2004 zieht eine bittere Bilanz der angebotsorientierten Bremer Gewerbeflächenpolitik.

Der erhoffte Effekt, durch die Bereitstellung eines großen Angebots eine entsprechende Nachfrage nach Gewerbeflächen hervorzurufen, hat sich nicht eingestellt. Die beiden quantitativen Ziele des IFP wurden weit verfehlt:

Statt der angestrebten Vermarktungsleistung von 50 Hektar pro Jahr konnte in den vergangenen drei Jahren durchschnittlich nicht einmal die Hälfte, nämlich nur 21,8 Hektar, vermarktet werden. Die Vermarktungsleistung des ersten Halbjahrs 2005 erreichte mit 8,7 Hektar nicht einmal diesen Durchschnittswert.

Statt der angestrebten Dispositionsreserve von 100 Hektar summiert sich der Vorrat erschlossener und sofort vermarktbarer Gewerbeflächen Ende 2004 auf mehr als das Doppelte, nämlich auf über 207 Hektar. Allein in den letzten drei Jahren wurden 63,9 Hektar mehr Gewerbeflächen erschlossen als vermarktet.

Gegenwärtig führt die Stadt Bremen umfangreiche Vorbereitungs- und Erschließungsmaßnahmen in den Gewerbegebieten Airport-Stadt Mitte/Ost, Airport-Stadt Süd, Überseestadt, Gewerbepark Hansalinie – Arberger/Mahndorfer Marsch, Technologiepark, Bayernstraße, Steindamm und BWK-Gelände durch. Ende Juni 2005 beschlossen die Wirtschaftsförderungsausschüsse zusätzlich die Erschließung der Restflächen des vierten Bauabschnitts des Bremer Industrieparks. Darüber hinaus sollen für den Science Park in den Jahren 2005 und 2006 Erschließungsmaßnahmen geplant und durchgeführt werden.

Laut Auskunft des Senats vom Juli 2005 sind schon jetzt für die Erschließung von Gewerbeflächen und ihre verkehrliche Anbindung im Anschlussinvestitionsprogramm allein für die Jahre 2006 und 2007 über 100 Mio. Euro vorgesehen.

Der Bremer Senat zieht aus den Ergebnissen der Evaluation bislang nur die Konsequenz, den Gewerbestandort Bremen besser zu vermarkten. Der Senat will sich trotz extrem begrenzter Haushaltsmittel nicht von der extensiven Flächenpolitik verabschieden und die beschlossenen und geplanten Gewerbeflächenmaßnahmen reduzieren, um den enormen Flächenvorrat abzubauen.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. das Integrierte Flächenprogramm 2010 der Stadt Bremen auf Grundlage realistischer Annahmen über die jährliche Vermarktungsleistung und unter Berücksichtigung der enormen Flächenvorräte zu überarbeiten. Insbesondere ist die auch wirtschaftlich gescheiterte angebotsorientierte Ausrichtung des Programms auf Bedarfsorientierung umzustellen;
2. bis zu den Beratungen der beiden Haushalte 2006 und 2007 eine begründete Prioritätenliste aller aktuellen Gewerbeflächenprojekte zu erstellen, differen-

ziert nach Einzelmaßnahmen je Gebiet und unter Angabe der jeweiligen Kosten. Zu berücksichtigen sind neben den Projekten, die für die Jahre 2006 und 2007 vorgesehen sind, auch alle bereits beschlossenen, aber noch nicht beendeten Gewerbeflächenprojekte.

Klaus Möhle, Karin Krusche,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen